Zeitschrift: Bündner Schulblatt = Bollettino scolastico grigione = Fegl scolastic grischun

Herausgeber: Lehrpersonen Graubünden

Band: 56 (1996-1997)

Heft: 4: LehrerInnenbildungsreform : zur Diskussion: das Bündner Modell

Artikel: Über der Strukturreform den Inhalt nicht aus den Augen verlieren : zwei kritische Stimmen zur unterbreiteten Reform

Autor: Bundi, Martin / Tscharner Luzi

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-357261

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zwei kritische Stimmen zur unterbreiteten Reform

Über der Strukturreform den Inhalt nicht aus den Augen verlieren

Für ein differenziertes Reformmodell der Lehrerausbildung

Ein Bündner Arbeitskreis, der sich gegen «Zentralismus und Gleichschaltung in der Lehrerausbildung wendet, unterstützt eine Reform der Lehrerausbildung und ist nicht einfach für die Erhaltung des status quo. Mit seinem differenzierten Modell anerkennt er die Möglichkeit einer zweigeteilten Ausbildung: Maturität und darauf aufgebauter spezifischer Berufsausbildung. Er lehnt jedoch die Schaffung einer einzigen Maturitätsschule (bisheriges Lehrerseminar und übrige Kantonsschule zusammen) auf dem Platze Chur und die Bildung eines uniformen Maturitätstypus mit einer einheitlichen Stundentafel ab, weil damit wesentliche bisherige Werte der seminaristischen Ausbildung nicht mehr berücksichtigt werden können. Mit diesem Ansatz steht er grundsätzlich auf dem Boden des Vorschlages, den die Lehrerschaft des Bündner Lehrerseminars in fünfjähriger Arbeit im Jahre 1995 mit Konsens verabschiedet hatte.

Dr. Martin Bundi,
Seminarlehrer und a. Nationalrat

Es liegt dem Modell das folgende Konzept zugrunde:

- Für die Ausbildung der Volksschullehrer wird eine eigenständige lehrervorbereitende Maturitätsschule geschaffen, die grundsätzlich Schüler ab der zweiten Sekundarschulklasse oder ab dem 8. Volksschuljahr aufnimmt und vier Jahre dauert. Sie ist MAV-kompatibel, das heisst, sie entspricht den Bedingungen der Maturitäts-Anerkennungs-Verordnung) und gewährt allen den Hochschulzutritt. Die Stundentafel dieses Typus schöpft die Möglichkeiten der MAV in bezug auf musische und pädagogisch-psychologische Fächer voll aus, stärker als der vorgesehene Allgemeintypus. Damit kann im Rahmen der Grundlagenfächer der Musik, dem Gesang und dem bildnerischen Gestalten ein höherer Stellenwert eingeräumt werden; hier hat der Instrumentalunterricht für alle Absolventen während der ganzen Ausbildungszeit nach wie vor seinen festen Platz. Zudem sollen die Pflichtwahlmöglichkeiten in den Schwerpunkt- und Ergänzungsfächern primär auf die Pädagogik-Psychologie konzentriert werden.

Die Schaffung einer einzigen Maturitätsschule berücksichtigt wesentliche Werte der seminaristischen Ausbildung nicht.

- Als Überbau über einer so konzipierten lehrervorbereitenden Maturitätsschule genügt eine eigentliche Berufsausbildung an einer Pädagogischen Fachhochschule mit einer zweijährigen Ausbildungsdauer für die Lehrkräfte der Unter- und Mittelstufe.

Dieses Konzept ist geeignet, die Grundwerte der bündnerischen Seminarausbildung weiter zu pflegen:

- die Motivation für den eigentlichen Einstieg in die Lehrerausbildung zu fördern;
- das Interesse für ein kulturelles Engagement im Kanton wachzuhalten sowie die Bereitschaft für die Übernahme von Aufgaben der Kultur- und Sprachförderung zu wecken,
- die Klassengemeinschaft in den dreisprachigen Abteilungen beizubehalten,
- und beizutragen, dass genügend Lehrerinnen und Lehrer für alle Sprachgebiete und Bedürfnisse des dreisprachigen Kantons ausgebildet werden.

Dieses Modell entspricht zudem dem pädagogischen Prinzip der Überschaubarkeit einer Ausbildungsstätte.

Diesem differenzierten Vorschlag kann durch eine einfache Kurskorrektur am offiziellen Projekt des Departements Rechnung getragen werden:

Es ist lediglich der Beschluss zu fassen, dass

1. sich die Lehrerausbildung in einer ersten Phase über eine vierjährige lehrervorbereitende Maturitätsschule (mit eigener MAV-kompatibler Stundentafel) vollzieht, welche organisatorisch eine selbständige Einheit mit eigener Direktion auf dem Platze Chur darstellt, die
2. in einer zweiten Phase mit einer grundsätzlich zweijährigen Pädagogischen Fachhochschule ihre Fortsetzung in der spezifischen Berufsausbildung erfährt.

Reform der Lehrerbildung – Reform der Volksschule?

Meine Bedenken zum Modell der Pädagogischen Hochschule haben einen einfachen Grund: Sein Vorgänger, der LEMO-Bericht (Lehrerbildung von morgen) aus dem Jahre 1975 hat in seinen Aussagen noch Bezug auf die Unterrichtstätigkeit selbst genommen. So hat er z.B. in der Ausbildung den Erwerb von berufspraktisch-didaktischen, von

von Luzi Tscharner, alt Schulinspektor

erzieherischen und von gesellschaftlich-politischen Qualifikationen gefordert. Wohl dank seiner Praxisnähe hat er in der Vernehmlassung nicht nur in der Lehrerschaft, sondern z.B. auch in politischen Gremien Diskussionen ausgelöst. Im Unterschied dazu geht das Dossier 24, das jetzt als Grundlage für den Entscheid der EDK gedient hat, auf wichtige Belange der Volksschule nicht ein. Heisst das nun, dass diese für die vorgesehene Reform der Lehrerbildung gar nicht relevant sind?

Uns, den Petitionären, wird unterstellt, wir wünschten in der Lehrerbildung die Beibehaltung des Status quo. Davon kann keine Rede sein. Auch uns ist klar, dass sich die Schule – und zwar auf allen Stufen – ihren Auftrag überdenken muss, wenn sich ihr Umfeld in einem rasanten Tempo verändert. Wir aber sind der Meinung, dass eine Reform in der Lehrerbildung nicht nur – wie nach Dossier vorwiegend strukturell, sondern auch inhaltlich angegangen werden müsste. Deshalb wären vorerst Überlegungen über den zukünftigen Bildungs- und Erziehungsauftrag unserer Volksschulen anzustellen und somit u. a. Antworten zu finden auf die Fragen, welchen Stellenwert die Schule für die Schülerinnen und Schüler, für die Lehrkräfte, für die Eltern und für die Gesellschaft als Ganzes hat, wie und woraufhin gearbeitet werden soll und welche Fähigkeiten und Fertigkeiten Lehrkräfte benötigen, um ihre Aufgabe erfüllen zu können. Mit anderen Worten: Die Reform sollte für die Basis pädagogisch sinnvoll sein.

Im Endeffekt wird wohl die Verbundenheit der Ausbildungsstätte mit der Basis über den Erfolg oder Nichterfolg einer Ausbildung entscheiden.

Vermutlich glaubt man, dem Anliegen nach Praxisnähe für die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer durch ihre Beteiligung an Forschungsprojekten entsprochen zu haben. Folgende Stellungnahme des Schweizerischen Lehrervereins aus dem Jahre 1977 zu diesem Fragenkomplex ist m. E. aber heute noch aktuell:

«Selbstverständlich muss für den Lehrerberuf 'wissenschaftliche Kompetenz' erworben werden; leider ist diese als nahezu einziges Erfordernis der an sich notwendig erkannten verbesserten Professionalisierung gesehen worden; für die Begegnung mit dem Kind und für ein zur Lebensbewältigung und Lebenserfüllung führendes Unterrichten und Erziehen sind jedoch andere Qualifikationen gleichermassen unabdingbar und entscheidend.»

Das Projekt der Pädagogischen Hochschule enthält viele Anregungen für eine neue Lehrerbildung, die eine wertvolle Grundlage für eine breite und vertiefte Diskussion über Schulfragen hätte einleiten können. Vor allem Sätze aus dem Dossier wie die folgenden hätten m. E. im Hinblick auf die vorgesehene berufliche Ausbildungsdauer hinterfragt werden müssen:

- «Hauptziel der Ausbildung ist es, Lehrerinnen und Lehrern die Kompetenzen zu vermitteln, die sie befähigen, als Fachleute für Bildung und Erziehung einen wissenschaftlich abgestützten Unterricht zu erteilen und ihre zusätzlichen Berufsaufgaben der Beratung und Beurteilung der Schülerinnen und Schüler, der Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen, Eltern und Schulbehörden, der Schuladministration und der schulischen Innovation nach professionellen Gesichtspunkten wahrnehmen zu können.» (aus These 1)
- «Pädagogische Hochschulen sind dem Ethos der Wissenschaft als einer Grundhaltung verpflichtet.» (aus These 8)

Im Endeffekt wird wohl die Verbundenheit der Ausbildungsstätte mit der Basis über den Erfolg oder Nichterfolg einer Ausbildung entscheiden. Weshalb z. B. ist nicht schon bei der Ausarbeitung des Konzeptes auf das grosse Erfahrungspotential der Lehrkräfte, die tagtäglich an den Volksschulen unterrichten, und der Schulpsychologen, die in ihrer Arbeit «hautnah» mit den rasanten Veränderungen in unserer Gesellschaft konfrontiert werden, zurückgegriffen worden?

Wir unterstützen das Bestreben nach einer Gleichwertigkeit der Ausbildung und der Diplome. Ist dafür aber die vorgesehenen Gleichschaltung notwendig? Mit entsprechenden Reformen wäre sie m. E. auch über den seminaristischen Weg erreichbar. Der Ruf unserer Seminare kann so schlecht nicht sein; denn nach OECD-Bericht geniessen die Schweizer Schulen im Ausland ein hohes Ansehen. Erwähnenswert scheinen mir in diesem Zusammenhang die Aussagen von Armin Kuratle, Direktor des Seminars Kreuzlingen, aus

der Lehrerzeitung vom November 1996: «Die Idee der seminaristischen Lehrerbildung lebt von der Verbindung der Allgemein- mit der Berufsbildung. Ein vorherrschender Trend möchte dieser Form keinen Raum mehr lassen. Doch gibt es, wenn man über die (kleine) Welt der Lehrerbildung hinaussieht, weltweit offensichtlich andere Trends. Die seminaristische Idee darf kein Mythos sein, auch sie muss sich Reformen stellen. Doch würde das Ende der schweizerischen Seminare – wie Jürgen Oelkers schreibt – «das Ende einer teilweise hundertfünfzigjährigen Tradition bedeuten, ohne dass es Daten gäbe, die eindeutig die Minderwertigkeit dieser Tradition gegenüber Neuerungen belegen würden». Viel hängt jetzt davon ab, ob das auszuarbeitende Anerkennungsreglement tolerant und grosszügig ausgelegt werden kann.

Die Arbeit der Lehrkräfte ist heute wegen der Veränderungen im schulischen Umfeld ganz eindeutig schwieriger und anspruchsvoller geworden. Die Situation erfordert einen besonderen Praxisbezug, der in der Ausbildung nicht nur für die eigentliche Unterrichtstätigkeit, sondern auch für andere Bereiche eine enge Verbindung zwischen Erfahrung und Theorie voraussetzt. «Jeder Wandel in der Lehrerausbildung wirkt sich vervielfacht im «Bildungsschicksal» der betroffenen Schüler aus» (Vernehmlassung LB), d.h. dass die Reform der Lehrerbildung auch eine Reform der Volksschule bedeutet. Sie sollte darum in echter Partnerschaft mit der Basis erfolgen? Wenn diese Chance jetzt nicht genutzt wird, bleibt sie wohl verpasst. Möge darum folgende Feststellung des Präsidenten des BLV, die er im Zusammenhang mit dem Modell Oberstufe gemacht hat, auch als Leitsatz für die Lehrerausbildung gelten: «Das Kind muss bei allen Bestrebungen im Mittelpunkt stehen.»

Was meinen gegenwärtig Lernende dazu?

Auf folgende Fragen haben zwei Absolventinnen der 3. Klasse b der Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnenausbildung an der Frauenschule folgende Antworten gegeben; Barbara Schärer und Sira Vassella:

a) Zur Zeit wird diskutiert über eine tiefgreifende Reform der LehrerInnenbildung bei uns in Graubünden. Ist das bei Euch ein Thema?

Nein, in der Schule hätten sie noch nichts gehört darüber. Aus der Zeitung und aus Gesprächen seien sie aber einigermassen informiert.

b) Wie denkt Ihr grundsätzlich darüber? Gibt es Dinge in Eurer Ausbildung, die im Zuge der Reform verbessert werden sollten?

Schade finden sie, dass der Zugang über einen Mittelschulabschluss (in der Regel Diplommittelschule) eine Erschwerung des Zuganges bedeutet. Praktisch und emotional durchaus geeignete Interessierte könnten durch dieses Erfordernis abgeschreckt werden. Ihre Ausbildung finden sie gut. Erwünscht wäre ein früheres Einsetzen von Praktika (vor Mitte der 3. Klasse). Sira, welche aus den Valli kommt, wünscht sich vermehrten Unterricht in italienischer Sprache.

c) Habt Ihr auch Ängste und Bedenken bezüglich der vorgeschlagenen Reform? Persönlich seid Ihr nicht mehr davon betroffen, aber für Eure NachfolgerInnen.

Ihre Bedenken richten sich auf die Ausbildungsdauer von insgesamt sechs Jahren. Barbara und Sira meinen übereinstimmend: «Wenn ich vor der Entscheidung stünde, eine sechsjährige Ausbildung in Angriff zu nehmen oder nicht, würde ich Krankenschwester oder etwas anderes».

Zu den selben Fragen hat Domenic Melcher, Absolvent der zweiten Oberseminarklasse wie folgt Stellung genommen:

a) Unter SeminaristInnen sei die Lehrerbildungsreform eigentlich kein Thema, soweit ihm bekannt sei. Das Interesse dafür sei relativ klein. Die Meinung, es geht uns nichts mehr an, herrsche vor. Von seiner Bildungsstätte aus sei einmal im Pädagogikunterricht das Gespräch auf die geplante Reform gekommen.

b) Seine Einstellung zur Reform sei durchaus positiv. Verbesserungsmöglichkeiten seien vorhanden. Er sehe folgende Schwerpunkte:

- Es gebe mehr Platz für die eigentliche Berufsausbildung.
- Die Schule, beziehungsweise was darüber vermittelt wird, sollte mehr in den Alltag gestellt werden. Erkenntnisse über und Verhaltensweisen im Umgang mit dem alltäglichen schulischen Umfeld sollten gewonnen und gelernt werden.
- Ein längeres Gewerbepraktikum wäre erwünscht.
- Mehr Berufspraktika.
- Selektion würde sich nicht mehr über die Deutsch-, Französich- und Mathenote abspielen. An ihre Stelle müsste eine Berufseignungsabklärung treten.

c) Er habe keinerlei Bedenken. Der Anspruch Matura sei nicht überrissen für einen Lehrer, eine Lehrerin.

Auf der politischen Bühne

Anlässlich der Oktobersession des Grossen Rates kam die LehrerInnenbildungsreform im Zusammenhang mit einer Interpellation Suter betreffend Lehrerbildung zur Sprache. Dabei fielen in der Debatte besonders zwei Stellungnahmen auf. Im folgenden sind die Voten von Anni Zarn, Präsidentin der Kommission für Fragen der Frauenbildung und Hans Bardill, Präsident des Bündner Lehrer- und Lehrerinnenvereins abgedruckt.

Grossrat Hans Bardill: Auch ich begrüsse das Konzept, das vom Kanton für die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer ausgearbeitet wird. Das frühzeitige und klare Ja der Regierung zu einer Pädagogischen Fachhochschule mit Standort Graubünden ist von meiner Seite aus sehr zu begrüssen. Es schafft die Möglichkeit, die künftige Pädagogische Fachhochschule über eine längere Zeit zu planen und auf ein solides Fundament zu stellen. Das frühzeitige Bekenntnis der Regierung zu einer Pädagogischen Fachhochschule Graubünden ist eine ideale Voraussetzung dafür, dass wir unsere Primarlehrkräfte, unsere Kindergärtnerinnen sowie unsere Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen auch in Zukunft innerhalb unseres Kantons nach unseren Bedürfnissen ausbilden können. Dies ist in Anbetracht der Vielfalt unseres Kantons von grosser Bedeutung. Gelingt es, möglichst bald eine Pädagogische Fachhochschule Graubünden mit einem eigenen Profil zu schaffen, so bestehen auch Vernetzungsmöglichkeiten mit angrenzenden Regionen und Kantonen. Dies bedeutet eine zusätzliche Bereicherung für den Bildungsplatz Graubünden. In diesem Sinne ist zu hoffen, dass die von der Regierung eingeschlagene Zielrichtung und der Zeitplan eingehalten werden können. Gelingt dies nicht, so besteht die Gefahr, dass in nächster Zukunft rund um den Kanton Graubünden Pädagogische Fachhochschulen entstehen, bei denen wir dann in einigen Jahren als Bittsteller anklopfen und um Aufnahme bitten müssen. Ein solches Zuspätkommen wäre aus pädagogischer, staatspolitischer und ökonomischer Sicht sehr zu bedauern. Nach meiner Auffassung ist es deshalb wichtig, die Chance der Zeit zu nutzen und sich im Sinne unserer Regierung auf den Auf- und Ausbau der Pädagogischen Fachhochschule Graubünden einzusetzen.

Grossrätin Anni Zarn: Aus der Sicht der kant. Kommission für Fragen der Frauenbildung, speziell aus der Sicht der Bündner Frauenschule, werden die Planungsarbeiten an der Revision der Bündner Lehrerinnen- und Lehrerausbildung und die Absicht der Regierung ausdrücklich begrüsst.

Es ist zweifellos richtig und ein Gebot des bildungspolitischen Fortschritts, dass im Rahmen der seminaristischen Ausbildung sowohl das heutige Oberseminar als auch Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen und Kindergärtnerinnenausbildung an eine Pädagogische Fachhochschule überführt werden.

Nur so kann eine klare Trennung von Allgemein- und Berufsbildung vollzogen werden. Eine Verbesserung in der Fachausbildung – speziell auch in der Ausbildung im Praxisbereich – ist notwendig und wird wohl von niemandem in Frage gestellt.

Die Ausbildung für Kindergärtnerinnen und Hauswirtschaftslehrerinnen an einer Pädagogischen Fachhochschule bringt vor allem drei wesentliche Vorteile:

1. Durch eine enge Vernetzung der verschiedenen Ausbildungen können alle Beteiligten auch von den Stärken der andern profitieren.

2. Durch die gemeinsame Ausbildung an einer Pädagogischen Fachhochschule werden sowohl der Primarlehrerberuf als auch die beiden immer noch «klassischen Frauenberufe» der Kindergärtnerinnen sowie der Handarbeits-/Hauswirtschaftslehrerinnen verbessert. Diesen beiden Lehrerinnenkategorien wird eine optimale Ausbildung im tertiären Bildungsbereich mit einer qualifizierten Vorbildung ohne gymnasiale Maturität ermöglicht.

3. Eine gemeinsame Ausbildung an einer Pädagogischen Fachhochschule stellt sicher, dass die Bündner Diplome und Patente interkantonal anerkannt werden.

Auf die Möglichkeit, auch in einem andern Kanton arbeiten zu können, sind alle Bündner Lehrkräfte angewiesen. Ganz besonders gilt dies aber für die Frauen.

Mit der Erfüllung dieser fundamentalen, bildungspolitischen Anliegen, sehe ich ausserdem in infrastruktureller Hinsicht den ebenfalls in Betracht zu ziehenden grossen Vorteil, dass die zukünftige Pädagogische Fachhochschule Graubünden in den Gebäulichkeiten bereits bestehender Ausbildungsstätten untergebracht werden kann.

Es ist wichtig, dass der von der Regierung skizzierte Zeitplan eingehalten wird. Frühjahr 1997: wird die Vorlage in die Vernehmlassung geschickt. Frühjahr 1998: Behandlung der Botschaft in unserem Rat. Herbst 1998: Volksabstimmung.